

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-59836](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-59836)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in 1/2 Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang. Freitag, den 20. September 1850. № 76.

Diplomatischer Pessimismus.

Man sagt oft von der demokratischen Partei, daß sie dem Pessimismus huldigt, aber es giebt eine andere Partei, die vollkommen von einem gewissen Pessimismus lebt, auf ihn ihr System baut und durch ihn zuletzt ihr Ziel zu erreichen hofft. Diese Partei denkt und sagt sich: „Man muß dafür sorgen, daß es in Deutschland so erbärmlich zugeht als möglich, daß Deutschland in seinen innern Verhältnissen gedemüthigt und entwürdigt wird, und daß es in seinen äußern Verhältnissen vor Schmach und Hohn nicht auf und umsehen kann; — dann wird der Moment kommen, wo man froh sein wird, wenn wir ihm ein wenig Scheinfreiheit und Scheinere zukommen lassen; dann wird der Augenblick nahe, wo man uns wie „Retter des Vaterlandes“ betrachten wird, wenn wir dem mit Füßen getretenen und geschundenen deutschen Volke in der letzten Noth in unserer Weise zu Hülfe kommen.“

Diese Art „Pessimismus“, wenn ich's so nennen soll, herrscht ziemlich sicher und systematisch in gewissen Köpfen, die heute auf Deutschlands Geschick den größten Einfluß haben. In Oesterreich ist sie bereits in das zweite Stadium getreten, in das, wo man die Haynau's absetzt und dem Papste mit seinem aus Neapel mitgebrachten Systeme „freisinnigen“ Rath giebt, doch ein wenig liberaler zu sein.

Es wäre wunderbar, wenn sich die Völker an diesem groben Köder festbeißen sollten; wir glauben es nicht, — aber Andere müssen doch glauben, daß so Etwas nicht ins Reich der Unmöglichkeit gehört, da sie augenscheinlich den Versuch mit dieser „liberalen“ Rettung der Welt durch Oesterreich machen.

In Preußen giebt es sehr einflußreiche Leute, die ziemlich sicher ähnliche Pessimisten sind. Dort möchte man gerne Norddeutschland unter den preussischen Hüt-

bringen und da werden Hesse-Kassel und Schwertin von preussischen Unterconsuln in einer Weise regiert, daß den Ländern am Ende der Gedanke halbverzeihlich kommen könnte: „Dann wollen wir doch lieber preussisch sein!“ In Schleswig-Holstein wird, halbwegs durch die preussischen Sympathien hingehalten, Krieg geführt, als ob man dort die Absicht habe, uns zu zwingen, am Ende auszurufen: „Dann wollen wir doch lieber uns wra-ngeln und prunzen lassen!“

Die Rolle, die das ganze, große Deutschland dem Auslande gegenüber spielt, ist wieder vollkommen in dem System des angeführten „Pessimismus“. Das Ausland entscheidet über unsere Angelegenheiten. Rußland setzt sich zu Gericht über Schleswig-Holstein, über den Bundestag; England und Frankreich machen die Gerichtsbüchel des Czaren; Deutschland kann weder Krieg machen, noch Frieden schließen, weder zusammenhalten, noch sich in Theilen organisiren. Sollte das nicht am Ende die Absicht haben, uns zu veranlassen, zuletzt auf den Knien Preußen und Oesterreich zu bitten, sich doch zu verständigen, das große Deutschland zu theilen und jedes sein Stück in Ruhe zu verdauen?

Es giebt schon Leute genug, die heute mit einem preussisch-österreichisch getheilten Deutschland ganz zufrieden sein würden, wie es ja auch zu Salomons Zeiten eine Mutter gab, die das Kind theilen lassen wollte, um Recht zu behalten. Wir sind überzeugt, daß diese Theilung nicht gelingen wird; aber wenn sie gelingen könnte, so wäre sie nicht das Ende unserer Schmach, sondern der Anfang unserer vollkommenen Zernichtung. Wir raten dem deutschen Volke, sich, nachdem es so lange zugehört, noch eine Weile zu gedulden, ehe es sich in die Arme seiner jetzigen „Retter“ werfe; die Zeit wird kommen, wo der Pessimismus unserer Regierungen und ihrer Gehülfen ein anderes Ziel erreicht haben wird, als das, das sie sich vorgesteckt zu haben scheinen. (S. f. N.)

Vom Lande.

Gestützt auf Art. 160, 2. des im Drucke erschienenen Staatsgrundgesetzes hat unser Ministerium ein Jagdgesetz erlassen, welches die armen geplagten und gebeugten Hasen vor anarchischen Nachstellungen sicher stellen soll. Dragoner, Steueraufscher, Feldhüter und dergleichen Offizianten sollen vigiliren, und ihre auf ihren Dienst- eid abgegebene Aussage stellt die That und Thäterchaft fest. Den obengedachten Personen wird, wenn nicht ihre Aussage bloß auf ihrem Dienstfeld beruht, eine Quote der verurtheilten Geldstrafe zugesichert. Das ist das alte, abgestorbene vormärzliche Lied, welches Mandjem schon vor dem März so disharmonisch klang, daß er in Garnisch gerieth und für die Abschaffung dieses Unfugs eine Lanze brach. Wenn wir nicht sehr irren, so war Herr von Büttel gerade Einer von diesen.

Die thätige, dringliche Sorge, welche unser Ministerium für den Schutz der Staatshasen bekundet, rechtfertigt unsern freudigen Glauben, daß es im gleichen analogen Maße eine thatkräftig-dringliche Sorge für die Staatsbürger entwickeln werde — durch Sicherstellung gegen das Jagdgelüste der Reaction und deren anarchischen Frevler am Baume der Freiheit. Ein solcher Baumfrevler müßte nach dem alten drakonischen Jagdgesetz — mit dem Ohr an einen Baum genagelt werden. — Wir warten mit Sehnsucht und Geduld, die bekanntlich dem Deutschen nie ausgeht, auf Erlaß eines solchen höchst zeitgemäßen und vernünftigen Gesetzes.

Homöopathie und Allopathie.

Wie der „heiligen Theologie“ so scheint auch der Medizin hier zu Lande ein grauser Sturm bevor zu stehen. Die Homöopathie, die, wie den Lesern dieses Blattes schon bekannt sein wird, von dem Herrn Plate zu Grinberg mit den glänzendsten Erfolgen ausgeübt wird, diese wahrhafte Heilmethode erwirbt sich täglich mehr Freunde und Verehrer.

Ich bin in der Sache nur Laie und verstehe wenig davon; das weiß ich aber: das „System“, in dem die Allopathen leben und weben, das ist ein Unsin, ein Fluch und Verderben für die leidende Menschheit, so arg, so schrecklich, wie es nur eins giebt. Ich glaube, dies muß Jeder wissen, der das alltägliche Heilverfahren unserer Aerzte ein wenig beobachtet hat. Wie viele hundert und tausend Fälle würden sich aufzählen lassen, wo ein Leiden, das anfangs unbedeutend war, unter den Händen der Aerzte zu einem unheilbaren, tödtlichen Uebel anwuchs. Was war daran Schuld? — Das unfelrige „System“. Dem Systeme zufolge mußte die Krank-

heit nach den und den Symptomen mit dem und dem Namen bezeichnet werden — ist der „wissenschaftliche“ Name erst gefunden, so ist schon sehr viel gewonnen, es muß ja Alles wissenschaftlich sein! — und eine Krankheit, die den und den Namen führt, wird dem Systeme zufolge durch die und die Mittel abgeführt. So geht die Wirthschaft los. „Alle zwei Stunden einen Schlüssel voll“, Pulver, Pillen und Salben zwischen durch, daß einem Hören und Sehen vergeht. So werden Hunderte und Tausende zur ewigen Ruhe eingeführt, dahin, wo es weder „acute“ noch „chronische“, noch andere Nebel giebt, und zwar ganz wissenschaftlich, ganz strenge systematisch. Ist das nicht eine Lust, so recht nach allen Regeln der Kunst zu sterben? — Billig fragt man nun wohl: muß das so sein? Kann es gar nicht anders sein? Die schlagendste Antwort giebt das homöopathische Heilverfahren. Ohne mich hier auf weitere Erörterung einzulassen, bemerke ich für solche Leser, die gar nichts davon wissen, bloß: daß durch das homöopathische Heilverfahren gerade die hartnäckigsten Nebel, die alten und bössartigen, welche allen Giften der Allopathen Trost bieten, auf die einfachste Art geheilt werden. — Wir haben nun, wie schon bemerkt, vor der Hand wenigstens einen Mann im Lande, der nach dieser herrlichen Methode curirt. Aber, aber Herr Plate ist noch immer nicht concessionirt, er kann noch jeden Augenblick als „Quacksalber“ denunciirt werden, man verlangt in Oldenburg immer noch das „übliche“ Examen von ihm. — Wann will das anders werden? In dem Heilsjahre 48 war ein Anfang damit gemacht. Wäre es halt noch 48, ich glaube, Herr Plate hätte längst Concession.

Sept. 1.

Reserzichte.

Die Weserzeitung kanzelt jetzt die deutschen Könige und Fürsten (vorläufig freilich nur erst die Gegner des Preußenbündnisses) ab und entwirft eine miserable Schilderung von ihren Verstandeskraften und moralischen Eigenschaften. Die Könige von Württemberg und Baiern und der Kurfürst von Hessen eröffnen den Reigen. Einen Auszug aus dieser Schilderung mögen wir aus Achtung vor der bestehenden constitutionell-monarchischen Staatsform nicht mittheilen. Die Privatperson des Fürsten gehört nicht in die Politik. Die Partei, welcher die Weserzeitung dient und welche die Unversämtheit besitzt, sich die constitutionelle zu nennen, hat davon freilich keine Abndung und Schimpfen in ihr Stiedempferd. Auf die Fortsetzung des Artikels dürfen wir neugierig sein, wenn der König von Preußen, der Großherzog

von Weimar und andere Unionsfürsten erst an die Reihe kommen.

Nicht bloß von Ungebildeten, sondern auch von solchen die sich zu den Gebildeten zählen, hört man jetzt vielfach die Aeußerung: „Durch die Verfassung ist es noch nichts besser, wohl gar schlimmer geworden; man hätte nur Alles lassen sollen, wie es war.“ — Wenn gleich nun solche Urtheile für Nachdenkende sich als unstatthaft herausstellen, möchte es doch für Manche von Nutzen sein, an das Beispiel zu erinnern, welches der in Anwendung von Bildern so unvergleichliche Jean Paul giebt, indem er sagt:

„Mit Staatseinrichtungen ist's wie mit Kunststraßen; auf einer ganz neuen, unbefahrenen, wo jeder Wagen am Straßenbau mit arbeiten und zerklüpfen hilft, wird man eben so gestoßen und geworfen, als auf einer alten, ganz aufgefahrenen, voll Löcher. Was ist also hier zu thun? Man fahre fort.“ —

Also vorwärts auf der als richtig erkannten Bahn, denn „et mödt erst schlimmer wehr'n, eh't beeter ward.“

Keinen Chausseebau, aber etwas Anderes betreffend.

Das der Artikel „Chausseebau, betr.“ (s. die vorige Nummer 75. dieses Blattes) im Beobachter einen Platz gefunden hat, müssen wir bedauern.

Wer von seinem Rechtsgefühl durchdrungen, zum allgemeinen Besten Unrechtfertigkeiten in öffentlichen Angelegenheiten aufdeckt, damit solchen gesteuert werde, und dabei offen ohne Scheu hervortritt, der ist ein Ehrenmann. Wer, aber, wie der Einsender jenes Artikels, eine allgemeine Verdächtigung in die Oeffentlichkeit bringt in dunkeln Andeutungen, die den mannigfaltigsten Auslegungen und Anwendungen auf diese oder jene Person Spielraum geben, aber nicht dazu dienen können, dem Unrecht auf die Spur zu kommen, bei dem muß man, wenn nichts schlimmeres, doch einen großen Leichtsinns voraussetzen.

Es liegt uns nicht daran, den Einsender jenes Artikels zu treffen. Wer so wie dieser erst Bremerhasen heranziehen muß, um daran eine allgemeine Verdächtigung zu knüpfen und beim Niederschreiben derselben, wo, wenn er Wahrheit redete, der Gedanke an Betrügereien ihm vor die Seele treten mußte, nur den Ausdruck „Menschlichkeiten“ finden kann, den kann nicht sitzliche Entrüstung über wahrgenommenes Unrecht in die Oeffentlichkeit gedrängt haben. Es liegt uns aber, wenn gleich dem Chausseebau und was dazu gehört, durchaus

fern stehend*), im Interesse der öffentlichen Moral daran, daß jener Artikel, der in den Spalten des Beobachters einen Platz gefunden, auch im Beobachter seine Würdigung erhalte.

Die Wahlen zur Synode

zeigen, daß Alles erst gelernt und geübt werden muß, um es zur Geläufigkeit zu bringen.

Zum Erstenmale haben wir hier directe Wahlen, die jedem Wähler das Recht geben, ohne die Vermittelung von Wahlmännern seinen Mann selbst zu bezeichnen, den er in die Synode haben möchte, sei es aus eigener Ueberzeugung oder im beliebigen Anschluß an seine Mitwähler, denen er vertraute.

Die directe Wahl setzt eine gewisse Umsicht und Fähigkeit, den Blick über die Grenze des Dorfs und des Kirchspiels hinaus in größere Kreise zu richten und eine Verständigung der verschiedenen Kirchspiele, die zu einem Wahlbezirk vereinigt sind, voraus, wenn die Wahl sich nicht verzetteln, sondern wie das Gesetz es verlangt, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen den Abgeordneten hervorbringen soll.

Ueber s. g. Kirchturmswahlen darf freilich im Ganzen nicht geklagt werden. Aber an Vorberatungen unter den verschiedenen Gemeinden und an der Einsicht, daß nur im Verein mit einer großen Anzahl Wähler die Stimme des Einzelnen zur Geltung gelangen kann, scheint es gefehlt zu haben, wie die Bekanntmachungen wegen der in mehreren Kreisen zu wiederholenden Wahl zeigen.

Im ersten Kreise (Oldenburg, Dierenburg, Naste, Zwischenahn) ist gleich bei der ersten Abstimmung die Wahl zu Stande gekommen. Gewählt sind zum geistlichen Abgeordneten: Pfarrer Geist; zu weltlichen Abgeordneten: die Obergerichtsräthe Wibel und v. Wedderkop.

Im zweiten Kreise ist die Wahl des geistlichen Abgeordneten unter den Pfarrern Closter in Zetel und Büsing in Delmenhorst, die die meisten Stimmen hatten, zu wiederholen. Im dritten Bezirk (Westerfede, Apen, Gdewecht) ist gewählt: Kirchspielsvogt Strodtmann zu Westerfede. Im vierten Bezirk (Zetel, Dackhorn, Wiefelstede) hat der mit Stimmenmehrheit gewählte Lehrer Dr. Böckel in Zeven abgelehnt, und wird dieser Bezirk daher von Neuem wählen.

Im dritten Kreise (Zeverland) ist die Wahl unter den Pfarrern Chemnitz und Liarks zu wiederholen, da für den geistlichen Abgeordneten die Majorität nicht erreicht ist. Zu weltlichen Abgeordneten sind gewählt in dem einen Bezirk des Zeverlandes: Landvoigt Molling und in dem andern Bezirk Lehrer Böckel.

Im vierten Kreise ist gewählt: Pfarrer Lückens, sonst in Altes, zum geistlichen Abgeordneten und in dem siebenten Bezirk der Landmann Bargmann zu Schwarten zum weltlichen Abgeordneten. Im achten Bezirk (Abbehausen, Debesdorf, Rodenkirchen, Genshamm, Schwei, Golzwarden, Ovelgönne) ist die Wahl

*) Hat seine Richtigkeit.

zu wiederholen unter v. Thünen in Oldenburg und Schmiedes zu Insel.

Im fünften Wahlkreise ist hinsichtlich des geistlichen Abgeordneten die Wahl zu wiederholen unter den Pfarrern Glosler in Jettel und Gröning in Oldenburg.

Zum weltlichen Abgeordneten sind gewählt: im neunten Bezirk: Landmann Bunnemann zu Großenmeer;

im zehnten Bezirk: Lehrer Ballauff in Varel.

Im sechsten Kreise ist wegen aller drei Abgeordneten die Wahl zu wiederholen. Die meisten Stimmen hatten: die Geistlichen Lückens in Delmenhorst und Sellwag in Goldenstedt. Da aber Lückens schon im vierten Kreise die Wahl angenommen hat, so kann derselbe hier nicht auf die engere Wahl kommen und ist also von Neuem frei zu wählen. Zu weltlichen Abgeordneten kommen auf die engere Wahl:

im elften Bezirk (Elsfleth, Barfleth, Berne, Neuenhutorf, Golle): Landger. Assessor Dannenberg in Oldenburg; Landmann Chr. Bulling in Schlüte;

im zwölften Bezirk (Bardewisch, Alteneßch, Schönemoor, Delmenhorst, Hasbergen, Stuhr): Conrector Bartelmann in Oldenburg, Fabrikant Fr. Lürßen in Hasbergen.

Im siebenten Wahlkreise ist zum geistlichen Abgeordneten der Pfarrer Niecken in Gatten gewählt.

Zu weltlichen Abgeordneten hatten die meisten Stimmen:

im dreizehnten Bezirk (Ganderkesee, Gude, Gatten): Götsche Twilmeier in Gatten, Landgerichts-Assessor Sprenger in Delmenhorst;

im vierzehnten Bezirk (Wildeshausen, Großenkneten, Hüntlosen, Dötlingen, Wardenburg): Landger. Assessor Sprenger in Delmenhorst; Absch. Dir. v. Thünen in Oldenburg.

Dem Vernehmen nach soll Sprenger im Voraus die Wahl abgelehnt haben und wird in beiden Bezirken daher eine völlige Neuwahl des weltlichen Abgeordneten stattfinden müssen.

Der achte Kreis (Bechta: Cloppenburg) hat den Landvogt Varasiedt in Bechta gewählt.

Aus den vorgekommenen Doppelwahlen und den wegen mangelnder Majorität nöthig werdenden Wahlwiederholungen werden die betreffenden Bezirke die Lehre ziehen, daß man bei directen Wahlen nicht aufs Gerathwohl an die Wahlurne geben darf, und erkennen, wie nöthig es ist, durch Vorberatungen und Verständigungen unter den verschiedenen Kreisen und Gemeinden über die zu wählenden Männer vorher eine gewisse Richtung und Uebereinstimmung unter den Wählern hervorzurufen.

Bei der Reueheit der directen Wahl und überhaupt

bei unserm noch jungen öffentlichen Leben darf man sich übrigens nicht darüber wundern, daß nicht jede Wahl sofort ein Resultat gehabt hat.

Im Ganzen tritt uns bei diesen Wahlen mehr Uebereinstimmung entgegen, als bei der geringen Bewegung, die sie in den einzelnen Kreisen hervorgerufen hatten, vermuthet werden durfte.

Wahl zur Synode im zwölften Wahlbezirk

Wir hören, daß der im zwölften Wahlbezirk, welcher die Pfarrsprengel Bardewisch, Alteneßch, Schönemoor, Delmenhorst, Hasbergen und Stuhr umfaßt, auf die engere Wahl eines weltlichen Abgeordneten kommende Herr Fr. Lürßen zu Beyerisch bei Hasbergen eine ihn etwa treffende Wahl nicht annehmen wird.

Wäre das der Fall, dann würde in diesem Wahlbezirk nach der bevorstehenden engeren Wahl, wenn diese auf Hrn. Lürßen fallen sollte, wieder eine ganz freie Neuwahl, und wenn diese dann wieder nicht eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für einen Abgeordneten ergiebt, wiederum eine engere Wahl unter denjenigen beiden Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen, Statt finden müssen.

Die Wähler werden daher wohl thun, vorher zur Gewißheit zu gelangen, ob Herr Lürßen eine ihn etwa treffende Wahl annehmen werde, und wenn die Ablehnung gewiß, lieber bei der schon am nächsten Sonntag den 22. d. M. Statt findenden wiederholten Wahl von ihm absehen, damit nicht zum dritten und vielleicht gar zum vierten Male gewählt zu werden braucht. Häufige Wiederholungen resultatloser Wahlen vermehren nicht die Theilnahme und stärken nicht das Interesse daran.

Kirchliches.

Vom 13. bis 19. Sept. sind in der Oldenb. Gemeinde:

I. **Copulirt:** 83) Theodor Christian Tugend und Julie Charlotte Gertrude Harbers, Oldenburg; 84) Bernart Christoph Steinhof und Helene Gerhardine von Römer, Oldenburg.

II. **Getauft:** 290) Margarete Louise Emilie Adolphine v. Eichstorf, Oldenburg; 291) Johann Dierich Gerhard Kortange, Donnerßchwer; 292) Hinrich Ahlers, Ohmstedt; 293) Oltmann Gerhard Dunckel, Ofenerfelde; 294) ein unehl. Mädchen.

III. **Beerdigt:** 183) Susanna Magdalena Cassebohm, geb. Weber, Oldenburg, 40 J.; 184) Anna Auguste Gesine Stammer, Oldenburg, 14 J.; 185) Johann Gerhard Grote, Oldenburg, 34 J.

Sonntag, den 22. Sept. predigen in der Lambertikirche: Frühpredigt: Herr Pastor Greverus. Anf. 8 Uhr. Hauptpredigt: Pastor Geiß. Anf. 9 Uhr. Nachmittagspr.: Candidat Arens. Anf. 2 Uhr.

Die auswärtigen Bestellungen auf das mit dem 1. October beginnende vierte Quartal des „Beobachters“ werden bei der Postamts-Zeitungs-Expedition in Oldenburg gemacht; auch nehmen alle Postexpeditionen des Landes Bestellungen an. — Der Betrag von 36 Gr. per Quartal wird vorausanzufragen an die zuerst genannte Expedition eingesandt. — Damit die Exemplare vollständig geliefert werden können, bitten wir, die Bestellungen noch vor Ablauf dieses Monats machen zu wollen. Die Redaction.

Redacteur: Wilhelm Calberla. — Schnellpressendruck und Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in $\frac{1}{2}$ Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VII. Jahrgang. Dienstag, den 24. September 1850. № 77.

Was wird das Programm der Majorität im Landtage sein?

Die Blätter der Regierungspartei verkündigen dem Lande: Die Ministerkrisis ist vorbei! Wäre darunter nur das zu verstehen, worüber jene Blätter in den letztverfloffenen Wochen große Worte gemacht haben, ohne daß es ihnen gelang, irgend ein Interesse dafür anzuregen, so würde diese Verkündigung im Lande eine Ausnahme finden, von welcher die Apostel des vermeintlichen großen Tagesereignisses vielleicht sehr überrascht sein würden, nämlich eine solche, an welcher die eifrigste Kälte und die unbeschreiblichste Gleichgültigkeit das Hervorstechendste sein müßten. Aber wir wollen uns gern der Hoffnung hingeben, daß die Sache endlich eine andere, tiefere Bedeutung haben soll; wir wollen uns noch einmal, der Hoffnung im Interesse unseres Landes, welches seit länger als einem Jahre die Geduld hat üben müssen, in seinen Hoffnungen auf Verbesserungen und auf Erfüllung beschworener Verheißungen sich getäuscht zu sehen und unter dem Zwiespalt der Staatsgewalten mißhandelt zu werden. So lange wir das Staatsgrundgesetz besitzen, haben wir in der Stellung, in welcher diejenigen, welche constitutionelle verantwortliche Staatsminister sein sollten, sich genügten, nichts anders erblicken zu können als eine unaufhörliche Ministerkrisis. Saben und hörten wir doch nichts Anderes, als bedauerndes Achselzucken, so oft im Interesse des Gemeinwohls die gerechtesten Anträge an die Staatsregierung ergangen waren, und hörten wir, doch immer nur die trostlose Antwort: es werde sehr schwer halten, dazu die erforderliche Zustimmung zu erlangen! Das war Halbheit und beklagenswerte Schwäche von beiden Seiten. Man wollte und wollte auch nicht, Man wollte die constitutionelle Staatsform aber scheute, vor ihren Konsequenzen zurück, oder richtiger vielleicht, man hatte ihr eigenes Wesen gar

nicht begriffen. — Wir wollen uns der Hoffnung gern hingeben, daß es nun anders werden soll, wenn der Nachricht von der Ministerkrisis hinzugefügt wird: „die constitutionelle Stellung des Ministeriums sei eine mehr gesicherte geworden“, oder im Styl der Neuen Blätter: „die Geschäftsverhältnisse im Ministerium sollen in einer der constitutionellen Verantwortlichkeit mehr entsprechenden Weise geordnet werden“. Wir wollen den Tag segnen, an welchem dieser Entschluß gefaßt wurde, wenn es wirklich Ernst damit ist, wenn Thaten Euren Worten folgen, wenn Beweise davon abgelegt werden, daß an die Stelle bürokratischen Dünkels und dynastischer Verblendung pflichttreue Sorge für das Gemeinwohl getreten ist, und daß die Einricht Boden gefunden hat, daß alle Bestrebungen, ein Land zu beglücken, eitel Thorheit sind, wenn das Volk selbst sie als solche nicht zu fassen vermag. Wenn Ihr ehrlich, wenn Ihr constitutionell seid, wollen wir ministeriell sein!

Aber damit auch wir ehrlich sind, wollen wir die näheren Bedingungen gleich dabei setzen, auf die Gefahr hin, daß aus dem Pakte zwischen Euch und uns nimmermehr etwas werden kann.

Konstitutionell nennen wir denjenigen, welcher bei seinem Thun und Handeln seinen Verfassungseid stets vor Augen hat, daß er das Staatsgrundgesetz halten will, und zwar nicht zum Narren halten. Wollt Ihr aber das, so müssen die Privilegien der Krone in Veto, Landtagsauflösung und Vertagung Euch wie ein arcanum sein, an welches Ihr nur mit heiliger Scheu, wie der gewissenhafte Arzt an die Giftbüchse, zugend die Hand legt, nicht zum Knabenspiel auf das Geschrei unbesonnener Idioten oder auf die Eingebungen, wodurch kleinliche Eigenliebe und Selbsterhöhung den Kopf berücken möchte. Wollt Ihr constitutionell sein, so muß es Euch als das gefestete verbrecherische Treiben eines Fälschers erscheinen, unter dem Deckmantel des Buchstabens